

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Vorwort</b> .....	V
<b>I. Das Fördersystem der Gemeinschaftsaufgabe bis 1994</b>	
<b>① Zur Notwendigkeit einer regional gezielten Wirtschaftspolitik</b> .....	1
1.1 Bedeutung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Regionen .....	1
1.2 Merkmale des Strukturwandels .....	2
1.3 Wirtschaftspolitische Optionen .....	3
1.4 Elemente der offensiven Strukturanpassung .....	4
1.5 Die Gemeinschaftsaufgabe im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang .....	5
<b>2. Ziele bzw. Aufgaben der Gemeinschaftsaufgabe</b> .....	6
<b>3. Die regionalpolitische Kompetenzverteilung im Bundesstaat</b> .....	8
<b>4. Institutioneller Aufbau der Gemeinschaftsaufgabe</b> .....	9
<b>5. Ausstattung der Gemeinschaftsaufgabe mit Fördermitteln</b> .....	12
5.1 Entscheidungsverfahren zur Mittelausstattung .....	12
5.2 Entwicklung der Barmittelausstattung der Gemeinschaftsaufgabe im Zeitverlauf .....	12
5.3 Aufteilung der Barmittel der Gemeinschaftsaufgabe 1995 auf die Länder .....	13
<b>6. Grundelemente des Fördersystems der Gemeinschaftsaufgabe bis zum 24. Rahmenplan</b> .....	13
6.1 Fördergebiet .....	13
6.2 Förderung von Investitionen .....	15
6.3 Förderung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft ..	15
6.4 Förderung des Fremdenverkehrs .....	18
6.5 Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur .....	19

<b>7. Beitrag der Gemeinschaftsaufgabe zur Unterstützung der Ziele anderer Politikbereiche</b> . . . . .	20
7.1 Haupt- und Nebenziele . . . . .	20
7.2 Ansatzpunkte für eine Verzahnung der Gemeinschaftsaufgabe mit anderen raumwirksamen Politikbereichen . . . . .	21
7.2.1 Gemeinschaftsaufgabe und Arbeitsmarktpolitik . . . . .	21
7.2.2 Gemeinschaftsaufgabe und Förderung kleiner und mittlerer Betriebe . . . . .	21
7.2.3 Gemeinschaftsaufgabe und Umweltpolitik . . . . .	22
7.2.4 Gemeinschaftsaufgabe und Forschungs- und Technologiepolitik . . . . .	23
7.2.5 Gemeinschaftsaufgabe und Bildungspolitik . . . . .	24
7.2.6 Gemeinschaftsaufgabe und Stadtentwicklungspolitik . . . . .	24
7.2.7 Schematische Darstellung . . . . .	25
<b>8. Europäische Union und Regionalförderung in Deutschland</b> . . . . .	25
8.1 Beihilfenkontrolle der EU-Kommission . . . . .	25
8.1.1 Rechtsgrundlagen des EG-Vertrages . . . . .	25
8.1.2 Konflikte zwischen Mitgliedstaat und EU-Beihilfenkontrolle . . . . .	26
8.1.2.1 Fördergebietsabgrenzung . . . . .	26
8.1.2.2 Genehmigung des 24. Rahmenplans . . . . .	27
8.1.2.3 Gemeinschaftsrahmen und zweckdienliche Maßnahme der EU-Kommission für staatliche Investitionsbeihilfen zur Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse . . . . .	28
8.1.2.4 Vorschlag der EU-Beihilfenkontrolle für einen horizontalen Gemeinschaftsrahmen für Regionalbeihilfen zugunsten großer Investitionsvorhaben . . . . .	30
8.2 EU-Regionalpolitik . . . . .	35
8.2.1 Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) . . . . .	35
8.2.1.1 Rechtsgrundlagen . . . . .	35
8.2.1.2 Fördertatbestände, Fördergebiete, Förderverfahren . . . . .	35
8.2.1.3 Gemeinschaftsinitiativen . . . . .	37
8.2.1.4 Mittelausstattung der EU-Strukturfonds . . . . .	37
8.2.2 Einsatz des Europäischen Regionalfonds in den neuen Ländern . . . . .	38
8.2.3 Einsatz der Fördermittel des EFRE in den alten Ländern . . . . .	40

	Seite
8.2.4 Das Verhältnis der deutschen EU-Fördergebiete zum Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe . . . . .	40
8.2.4.1 Neue Länder . . . . .	40
8.2.4.2 Alte Länder . . . . .	41
8.3 Regionalpolitik vor dem Hintergrund der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion . . . . .	42
8.3.1 Einschränkungen der haushaltspolitischen Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten im Vorfeld der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion . . . . .	42
8.3.2 Erhöhter strukturpolitischer Handlungsbedarf durch die Wirtschafts- und Währungsunion . . . . .	44
8.3.3 Geringere strukturpolitische Handlungsmöglichkeiten für die Mitgliedstaaten in einer Wirtschafts- und Währungsunion . . . . .	45
8.3.4 Verstärkung der Zentralisierungstendenzen in der Strukturpolitik . . . . .	45
8.3.5 Dezentralisierung der Strukturpolitik in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion als Problemvermeidungsstrategie . . . . .	46
<b>II. Die Gemeinschaftsaufgabe unter veränderten Rahmenbedingungen</b>	
<b>1 Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe . . . . .</b>	<b>47</b>
<b>2 Veränderte Rahmenbedingungen . . . . .</b>	<b>48</b>
2.1 Verschärfter Wettbewerb der Standorte als Folge der Integration der Märkte . . . . .	48
2.2 Neue Herausforderungen als Folge des technisch-organisatorischen Fortschritts . . . . .	49
2.3 Veränderte Standortgunst als Folge der deutschen Vereinigung . . . . .	50
2.4 Veränderte EU-rechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	52
2.5 Konterkarierende Effekte als Folge von Abstimmungsproblemen mit anderen raumwirksamen Politikbereichen . . . . .	52
2.6 Eingeschränkte regionalpolitische Handlungsspielräume als Folge der Finanzierungsprobleme in den öffentlichen Haushalten . . . . .	54
2.7 Neue Diskussion über raumordnungspolitische Leitbilder und strukturpolitische Ziele. . . . .	54
	IX

	Seite
3. Konsequenzen für die Regionalpolitik .....	55
<b>III. Die Weiterentwicklung des Fördersystems der Gemeinschaftsaufgabe</b>	
1. Politischer Auftrag und Zielsetzungen .....	58
2. Regionalpolitischer Grundkonsens .....	59
2.1 Förderung von Wachstumsregionen versus Förderung von strukturschwachen Regionen .....	60
2.2 Gemeinsame Regionalförderung von Bund und Ländern im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe versus alleinige Regionalförderung durch die Länder .....	60
2.3 Regionale Entwicklungspolitik versus regionale Wirtschaftsförderung .....	61
2.4 Konzentration der Förderung auf überregionale Betriebe und Investitionen versus Förderung in der Breite .....	62
2.5 Entwicklung von oben versus Entwicklung von unten .....	65
2.6 Ergebnisse der Grundsatzdiskussion in der Übersicht .....	66
<b>3. Die wichtigsten Änderungen im Rahmen der Neuordnung des Fördersystems der Gemeinschaftsaufgabe .....</b>	<b>66</b>
3.1 Neuordnung des räumlichen Präferenzsystems für die Förderung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft ..	66
3.1.1 Die Änderungen .....	66
3.1.1.1 Gleichbehandlung der Investitionen .....	66
3.1.1.2 Abstufung der Fördersätze nach räumlichen Problemkategorien .....	67
3.1.1.3 Einheitliche Förderobergrenzen .....	67
3.1.1.4 Ausschöpfung des Förderrahmens bei hohem Struktureffekt .....	67
3.1.1.5 KMU-Präferenz .....	68
3.1.2 Anpassung der Förderhöchstsätze auf Verlangen der EU-Beihilfenkontrolle .....	68
3.1.2.1 Position der EU-Beihilfenkontrolle .....	68
3.1.2.2 Position des Planungsausschusses .....	68
3.1.2.3 Die geänderten Förderhöchstsätze .....	69
3.1.3 Die Auswirkungen .....	70
3.1.3.1 Vereinfachung und Flexibilisierung .....	70
3.1.3.2 Stärkung des endogenen Potentials .....	70

	Seite
3.1.3.3 Stärkere Zielbeiträge zu Mittelstands-, Arbeitsmarkt- und Innovationspolitik . . . . .	71
3.2 Ergänzung der Förderung gewerblicher Investitionen um nicht-investive Maßnahmen . . . . .	72
3.2.1 Die Änderungen . . . . .	72
3.2.1.1 Drei Handlungsoptionen . . . . .	72
3.2.1.2 Elemente des neuen Förderansatzes . . . . .	73
3.2.2 Die Auswirkungen . . . . .	75
3.3 Neuordnung der Fremdenverkehrsförderung . . . . .	76
3.3.1 Die Änderungen . . . . .	76
3.3.2 Die Auswirkungen . . . . .	76
3.4 Neuordnung der Infrastrukturförderung . . . . .	77
3.4.1 Der Entscheidungshintergrund . . . . .	77
3.4.2 Die Änderungen . . . . .	78
3.4.2.1 Ausrichtung auf die Wirtschaft . . . . .	78
3.4.2.2 Flexibilisierung des Förderkatalogs . . . . .	79
3.4.2.3 Bindung der Infrastrukturförderung an förderfähige Betriebe . . . . .	80
3.4.2.4 Höhe der Fördersätze für die Infrastrukturförderung . . . . .	81
3.4.2.5 Förderung nicht-investiver Maßnahmen . . . . .	81
3.4.3 Die Auswirkungen . . . . .	82
3.4.3.1 Verstärkte Beiträge zu Zielen anderer Politikbereiche . . . . .	82
3.4.3.2 Steigerung der Effizienz durch bessere Planung und Abstimmung . . . . .	82
3.5 Integrierte regionale Entwicklungskonzepte . . . . .	83
3.5.1 Regionale Entwicklungskonzepte als Basis für eine eigenständige Entwicklung von unten . . . . .	83
3.5.2 Bestandteile eines regionalen Entwicklungskonzeptes . . . . .	83
3.5.3 Regionaler Konsens als Kernprinzip . . . . .	84
3.5.4 Bedeutung für die Gemeinschaftsaufgabe . . . . .	84
3.5.5 Beitrag der Gemeinschaftsaufgabe zur Erstellung regionaler Entwicklungskonzepte . . . . .	84
3.5.5.1 Neue Regelungen . . . . .	84
3.5.5.2 Die Auswirkungen . . . . .	85
3.6 Die wichtigsten Elemente zur Neuordnung der Gemeinschaftsaufgabe im Überblick . . . . .	88

**IV. Regelungen über Voraussetzungen, Art und Intensität der Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe**

**Vorbemerkung:** Zum Aufbau der Förderregelungen des Rahmenplans . . . . . 100

**Ziffer 1. Allgemeines** . . . . . 101

**Ziffer 1.1 Grundsätze der Förderung** . . . . . 101

Ziffer 1.1.1 Einsatz der Fördermittel im Fördergebiet . . . . . 102

Ziffer 1.1.2 Ausschluß eines Rechtsanspruchs auf einen Investitionskostenzuschuß . . . . . 103

Ziffer 1.1.3 Grundsatz der Zusätzlichkeit . . . . . 104

**Ziffer 1.2 Förderverfahren** . . . . . 105

1. Einleitung . . . . . 105

2. Die Förderinstrumente der Gemeinschaftsaufgabe . . . . . 106

3. Überblick über andere Förderinstrumente . . . . . 106

3.1 Investitionszulage . . . . . 106

3.2 Sonderabschreibungen . . . . . 107

4. Abgrenzung des GA-Investitionszuschusses zur Investitionszulage . . . . . 108

4.1 Ausschluß des Rechtsanspruchs nach Ziffer 1.1.2 . . . . . 108

4.2 Einkommensteuerrechtliche Behandlung . . . . . 108

5. Bürgschaften . . . . . 109

6. Die Vorbeginnsregelung der Gemeinschaftsaufgabe . . . . . 109

6.1 Zweck der Regelung . . . . . 109

6.2 Die antraganehmenden Stellen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft . . . . . 110

6.3 Die antraganehmenden Stellen im Infrastrukturbereich . . . . . 112

7. Amtliche Formulare . . . . . 114

8. Der Grundsatz der Identität von Investor und Nutzer einer geplanten Investition und seine Ausnahmen . . . . . 115

8.1 Zweck der Regelung und Einleitung in die Problematik . . . . . 115

8.2 Überblick über die einzelnen steuerrechtlichen Institute . . . . . 116

8.2.1 Die Mitunternehmerschaft . . . . . 116

8.2.2 Die Betriebsaufspaltung . . . . . 117

8.2.3 Die Organschaft . . . . . 118

8.2.4 Zusammenfassung der Institute in tabellarischer Form . . . . . 120

<b>Ziffer 1.3</b>	<b>Vorförderungen</b> .....	121
<b>Ziffer 1.4</b>	<b>Prüfung von Anträgen (Ziffern 1.4.1–1.4.5)</b> .....	121
1.	Einleitung .....	122
2.	Koordinierung mit der Raumordnung .....	122
3.	Billigung durch zuständige Behörden .....	123
4.	Umweltpolitische Belange .....	123
5.	Koordinierung mit der Arbeitsverwaltung .....	123
6.	Kongruenz mit der Bauleitplanung, den städtebaulichen Zielsetzungen und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) .....	123
6.1	Bauleitplanung .....	123
6.2	Städtebauliche Zielsetzungen .....	124
6.3	Koordinierung mit der GAK .....	124
7.	Koordinierung mit den Planersatzkriterien bei Fehlen eines Bauleitplanes .....	125
<b>Ziffer 1.5</b>	<b>Zusammenwirken von Bund und Ländern (Ziffern 1.5.1–1.5.4)</b> .....	125
1.	Einleitung .....	126
2.	Informations- und Darlegungspflichten der Länder gegenüber dem Bund vor Verabschiedung der jeweiligen GA-Rahmenpläne .....	126
2.1	Darstellung der landesspezifischen Förderschwerpunkte im regionalen Aktionsprogramm des Landes .....	126
2.2	Unterrichtung über landesinterne GA-Förderrichtlinien ...	127
2.3	Darlegungspflichten im Zusammenhang mit dem nicht-investiven Einsatz von GA-Mitteln gem. Ziffer 5 .....	128
3.	Informationspflichten der Länder gegenüber dem Bund während der Durchführung der GA-Fördermaßnahmen eines Rahmenplans .....	128
3.1	Statistische Erfassung der Förderdaten .....	128
3.2	Kontrolle der GA-Fördermaßnahmen der Länder durch den Bund und des Haushaltsvollzugs .....	129
3.3	Informationspflicht der Länder gegenüber den Investoren hinsichtlich der anteiligen Bundesmittel .....	130
4.	Informations- und Darlegungspflichten der Länder gegenüber dem Bund nach Abschluß der Fördermaßnahmen eines Rahmenplans .....	130

	Seite	
4.1	Meldung der und Berichte über die Förderergebnisse . . . . .	130
4.2	Berichte über Rückzahlungen von GA-Mitteln an den Bund . . . . .	131
4.3	Ex post Darlegungspflichten im Zusammenhang mit dem nicht-investiven GA-Mitteleinsatz gem. Ziffer 5 . . . . .	132
5.	Informations- und Darlegungspflichten der Länder gegenüber dem Bund in schematischer Darstellung. . . . .	133
<b>Ziffer 1.5.5 Regionalpolitischer Dialog . . . . .</b>		<b>134</b>
1.	Regionalpolitischer Dialog zwischen Ländern und Regionen. . . . .	134
2.	Regionalpolitischer Dialog bei sektoralen Strukturkrisen . . . . .	135
<b>Ziffer 1.6 Integrierte regionale Entwicklungskonzepte . . . . .</b>		<b>136</b>
<b>Ziffer 2. Fördervoraussetzungen für die gewerbliche Wirtschaft (einschl. Fremdenverkehr) . . . . .</b>		<b>137</b>
Zum Aufbau und Regelungsbereich der Ziffer 2 . . . . .		137
<b>Ziffer 2.1 Primäreffekt (Ziffern 2.1.1–2.1.4) . . . . .</b>		<b>138</b>
1.	Einleitung . . . . .	139
2.	Zur Bedeutung des Primäreffekts in der regionalen Wirtschaftsförderung . . . . .	139
3.	Drei Möglichkeiten, die Voraussetzungen des Primäreffekts zu erfüllen . . . . .	141
3.1	Erfüllen des Primäreffekts über den sog. Artbegriff gem. Ziffer 2.1.1 . . . . .	141
3.2	Einzelfallnachweis zum überregionalen Absatz gem. Ziffer 2.1.2 . . . . .	141
3.3	Prognose zum überregionalen Absatz nach Abschluß der Investitionen gem. Ziffer 2.1.3 . . . . .	142
3.4	Primäreffekt bei betrieblichen Ausbildungsstätten . . . . .	143
3.5	Prüfschritte zum Nachweis, ob eine Investition die Voraus- setzungen des Primäreffekts erfüllt, in schematischer Übersicht . . . . .	144
<b>Ziffer 2.2 Weitere Fördervoraussetzungen . . . . .</b>		<b>144</b>
1.	Einleitung . . . . .	145

	Seite
2. Bindung der GA-Förderung gewerblicher Investitionen an Arbeitsplatzziele und der relevante Überwachungszeitraum . .	145
3. Fördervoraussetzungen . . . . .	146
3.1 Zur Förderschwelle „verdiente Abschreibungen“ . . . . .	147
3.1.1 Förderfähigkeit eines Investitionsvorhabens nach dem Abschreibungskriterium . . . . .	149
3.1.2 Förderfähigkeit eines Investitionsvorhabens nach dem Abschreibungskriterium im Fall der Inanspruchnahme von Sonderabschreibungen . . . . .	150
3.1.3 Besonderheiten des Abschreibungskriteriums im Fall von Wiederholungsanträgen . . . . .	152
3.2 Zur Förderschwelle „Arbeitsplatzziel“ . . . . .	153
3.3 Besondere Regelungen für Errichtungsinvestitionen und den Erwerb einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte . . . . .	153
3.4 Prüfschritte für die Fördervoraussetzungen gem. Ziffer 2.2 in schematischer Übersicht . . . . .	155
4. Fremdenverkehrsförderung . . . . .	156
4.1 Nachweis der Überregionalität für Investitionsvorhaben des Fremdenverkehrsgewerbes (Primäreffekt) . . . . .	156
4.1.1 Primäreffekt bei Fremdenverkehrsbetriebsstätten, die mindestens 30 % des Umsatzes mit eigenen Beherbergungsgästen erreichen . . . . .	156
4.1.2 Nachweis der Überregionalität bei Investitionsvorhaben des Fremdenverkehrs auf der Grundlage des Einzelfallnachweises oder der Prognose . . . . .	157
4.2 Fördervoraussetzungen gem. Ziffer 2.2 für das Fremdenverkehrsgewerbe . . . . .	157
<b>Ziffer 2.3 Einzelne Investitionsvorhaben . . . . .</b>	<b>158</b>
1. Einleitung . . . . .	158
2. Errichtungsinvestitionen . . . . .	158
3. Erweiterungsinvestitionen . . . . .	159
4. Umstellung oder grundlegende Rationalisierung/ Modernisierung einer Betriebsstätte . . . . .	159
5. Erwerb einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte . . . . .	160
5.1 Zulässige Modalitäten des Erwerbs der stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte . . . . .	160

	Seite
5.2 Anforderungen an das Tatbestandsmerkmal „von Stilllegung bedroht“ . . . . .	161
5.3 Von Stilllegung bedrohte Betriebsteile . . . . .	161
5.4 Bestimmung und Höhe der Bemessungsgrundlage für die Erwerbsförderung . . . . .	162
5.4.1 Bemessungsgrundlage für die Erwerbsförderung beim asset-deal . . . . .	162
5.4.2 Die Bestimmung der Bemessungsgrundlage für die Erwerbsförderung beim share-deal . . . . .	163
5.5 Verhältnis der Erwerbsförderung zu etwaigen Anschluß- investitionen . . . . .	163
6. Verlagerung einer Betriebsstätte . . . . .	163
<b>Ziffer 2.4 Förderhöchstsätze . . . . .</b>	<b>165</b>
1. Das alte Präferenzsystem im Überblick. . . . .	165
2. Das neue Präferenzsystem für die gewerbliche Investitionsförderung . . . . .	167
2.1 Eckpunkte. . . . .	167
2.2 Wirksamere Investitionsförderung durch zusätzlichen Spielraum für die Bewilligungsbehörden . . . . .	168
2.3 Einschränkung der Bemessungsgrundlage für die Investitionskostenzuschüsse bei mehr Flexibilität für das Ausschöpfen der Förderobergrenzen . . . . .	169
2.4 Ausschöpfen der Förderobergrenzen bei Vorliegen besonderer Struktureffekte. . . . .	170
<b>Ziffer 2.5 Besondere Struktureffekte . . . . .</b>	<b>171</b>
<b>Ziffer 2.6 Förderfähige Kosten (Ziffer 2.6.1) . . . . .</b>	<b>172</b>
1. Einleitung . . . . .	173
2. Förderfähige Kosten . . . . .	173
2.1 Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens . . . . .	173
2.2 Immaterielle Wirtschaftsgüter . . . . .	174
2.2.1 Begriff und Zielsetzung . . . . .	174
2.2.2 Fördervoraussetzungen . . . . .	174
2.3 Geleaste Wirtschaftsgüter . . . . .	176
2.3.1 Zielsetzung . . . . .	176
2.3.2 Bilanzielle Behandlung . . . . .	176
2.3.3 Aktivierung beim Leasingnehmer . . . . .	177
2.3.4 Aktivierung beim Leasinggeber . . . . .	177

	Seite
3. Nicht-förderfähige Kosten . . . . .	179
3.1 Ausschluß der Grundstückserwerbskosten . . . . .	179
3.2 Ausschluß der Kosten der Ersatzbeschaffung . . . . .	179
3.3 Ausschluß der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten für primär dem Transport dienende, im Straßenverkehr zugelassene Fahrzeuge . . . . .	180
3.4 Gebrauchte Wirtschaftsgüter . . . . .	180
3.4.1 Sinn der Regelung . . . . .	180
3.4.2 Begriff des gebrauchten Wirtschaftsgutes . . . . .	181
3.4.3 Ausnahmen . . . . .	183
3.4.3.1 Erwerb einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte . . . . .	183
3.4.3.2 Erwerb von Gebäuden in der Gründungsphase . . . . .	183
4. Anrechnungsregelung bei Betriebsverlagerungen. . . . .	183
5. Schematische Darstellung der im Rahmen der Gemein- schaftsaufgabe förderfähigen Kosten . . . . .	185
<b>Ziffer 2.6.2 Verbleibensregelung . . . . .</b>	<b>186</b>
1. Zielsetzung und Beginn der Verbleibensregelung. . . . .	186
2. Ersatz durch gleich- oder höherwertige Wirtschaftsgüter . . . . .	187
3. Unzulässigkeit einer Vermietung oder Verpachtung der geförderten Wirtschaftsgüter und Ausnahmen . . . . .	187
<b>Ziffer 2.6.3 Abschneidegrenze für das förderfähige Investitions- volumen je gefördertem Dauerarbeitsplatz . . . . .</b>	<b>188</b>
<b>Ziffer 2.7 Durchführungszeitraum . . . . .</b>	<b>190</b>
<b>Ziffer 2.8 Subventionswert (Ziffern 2.8.1 und 2.8.2) . . . . .</b>	<b>190</b>
1. Zielsetzung und Systematik der Subventionswert- berechnung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe . . . . .	191
1.1 Zielsetzung . . . . .	191
1.2 Grundsatz . . . . .	191
2. Einzelfälle . . . . .	192
2.1 Investitionszuschuß der Gemeinschaftsaufgabe . . . . .	192
2.2 Investitionszulage . . . . .	192
2.3 Sonderabschreibungen . . . . .	193
2.4 Eigenkapitalhilfe . . . . .	194
2.5 Darlehen . . . . .	195

	Seite
2.5.1 Anwendungsbereich . . . . .	195
2.5.2 Verfahren . . . . .	195
2.6 Bürgschaften . . . . .	196
3. Berücksichtigung der Abschneidegrenzen der Ziffer 2.6.3 bei der Berechnung des Gesamtsubventionswertes . . . . .	197
4. Abschließender Beispielfall unter Verwendung einer vereinfachten Tabelle des Antragsformulars zur gewerblichen Wirtschaft . . . . .	198
<b>Ziffer 2.9 Begriffsbestimmungen (Ziffern 2.9.1–2.9.11) . . . . .</b>	<b>200</b>
1. Allgemeines . . . . .	202
2. Betriebsstättenbegriff . . . . .	202
3. Festlegung des Begriffs der gewerblichen Betriebsstätte . . . . .	204
4. Beginn des Investitionsvorhabens . . . . .	206
5. Zeitpunkt und Begriff der Anschaffung bzw. Herstellung des Wirtschaftsgutes . . . . .	206
6. Vorliegen von Ausbildungsplätzen . . . . .	207
7. Gründungsphase eines Unternehmens . . . . .	207
8. Numerische Berücksichtigung verschiedener Arbeitsplätze . . . . .	208
9. Definition der kleinen und mittleren Unternehmen . . . . .	208
<b>Ziffer 3. Ausschluß von der Förderung (Ziffern 3.1, 3.1.1–3.1.7, 3.2) . . . . .</b>	<b>209</b>
1. Zur Zielsetzung der Ausschlußliste gem. Ziffer 3 . . . . .	209
2. Ausschluß von der GA-Förderung aufgrund beihilferecht- licher Regelungen der Europäischen Kommission . . . . .	210
3. Zum Ausschluß der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei . . . . .	212
3.1 Die Gründe . . . . .	212
3.2 Mögliche Auswirkungen geplanter EG-Regelungen zum Bereich der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte . . . . .	213
4. Zum Ausschluß der Rohstoffproduktion . . . . .	214
5. Zum Ausschluß der Energie- und Wasserversorgung . . . . .	214
6. Zum Ausschluß des Baugewerbes . . . . .	214
7. Zum Ausschluß des Einzelhandels . . . . .	215
8. Zum Ausschluß des Transport- und Lagergewerbes . . . . .	216
9. Zum Ausschluß von Krankenhäusern, Kliniken, Sanatorien und ähnlichen Einrichtungen . . . . .	216

	Seite
<b>Ziffer 4. Nichterreichung von Fördervoraussetzungen</b>	
<b>(Ziffern 4.1, 4.2, 4.2.1–4.2.4, 4.3)</b> . . . . .	217
1. Grundsätzliches zum Anwendungsbereich der Rückforderungsbestimmungen der Gemeinschaftsaufgabe im Verhältnis zu anderen Bestimmungen . . . . .	219
1.1 Die Herleitung der Ermächtigungsgrundlage für Rückforderungen im Verhältnis Land-Zuwendungsempfänger . . . . .	219
1.2 Der Anwendungsbereich des § 11 Abs. 3 GRW . . . . .	221
2. Die Neugestaltung der Rückforderungsregelungen zum 25. Rahmenplan . . . . .	222
3. Systematik der Ziffer 4 . . . . .	223
3.1 Sachlicher Anwendungsbereich der Rückforderungsregelungen . . . . .	223
3.2 Grundvoraussetzungen für das Vorliegen eines Ausnahmetatbestandes . . . . .	224
3.3 Überblick über die einzelnen Ausnahmetatbestände der Ziffer 4 . . . . .	224
3.3.1 Nichterreichung der Fördervoraussetzung „Schaffung von Dauerarbeitsplätzen“ . . . . .	224
3.3.1.1 Allgemeine Überlegungen . . . . .	224
3.3.1.2 Sonderfall der Kompensation von neugeschaffenen Dauerarbeitsplätzen durch Wegfall von Dauerarbeitsplätzen in einem anderen Teil der geförderten Betriebsstätte . . . . .	226
3.3.2 Fehlende ununterbrochene Zurverfügungstellung der Dauerarbeitsplätze am Arbeitsmarkt . . . . .	227
3.3.3 Fehlende Besetzung der neugeschaffenen Dauerarbeitsplätze . . . . .	227
3.3.4 Unterschreiten der Abschreibungsschwelle gem. Ziffer 2.2 Satz 7 . . . . .	228
3.3.5 Möglichkeit eines anteiligen Absehens von der Rückforderung nach Ziffer 4.3 . . . . .	229
4. Tabellarische Darstellung der von Ziffer 4 umfaßten Fallkonstellationen . . . . .	229
 <b>Ziffer 5. Ergänzende Förderung von nicht-investiven Unternehmensaktivitäten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen (Ziffern 5.1, 5.1.1–5.1.4, 5.2, 5.3)</b> . . . . .	 231

	Seite
1. Definitionen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Fördertatbestände . . . . .	232
2. Grundsatz der Zusätzlichkeit bzw. der Förderharmonie . . . . .	233
<b>Ziffer 6. Übernahme von Bürgschaften (Ziffern 6.1–6.3) . . . . .</b>	<b>234</b>
1. Allgemeines . . . . .	235
2. Überblick über das Verfahren . . . . .	236
3. Voraussetzungen für die Einbeziehung der modifizierten Ausfallbürgschaften in den Rahmenplan . . . . .	238
3.1 Fördervoraussetzungen für die Erteilung von GA-Bürgschaften . . . . .	238
3.2 Ausschlußtatbestand . . . . .	238
3.3 Weitere Voraussetzungen für die Einbeziehung der modifizierten Ausfallbürgschaften in den Rahmenplan . . . . .	239
4. Möglichkeiten der Gewährung einer Ausfallbürgschaft . . . . .	240
<b>Ziffer 7. Förderung der Infrastruktur . . . . .</b>	<b>241</b>
Zum Aufbau und Regelungsbereich der Ziffer 7 . . . . .	241
<b>Ziffer 7.1 Grundsätze der Infrastrukturförderung . . . . .</b>	<b>242</b>
1. Beschränkung der GA-Förderung auf wirtschaftsnahe kommunale Infrastrukturprojekte . . . . .	242
2. Fördersätze und ihre Bemessungsgrundlage für Infrastrukturprojekte . . . . .	243
3. Trägerschaft bei Infrastrukturprojekten . . . . .	245
4. Einbeziehung privater, auf Gewinnerzielung ausgerichteter Unternehmen in die GA-Infrastrukturförderung . . . . .	245
5. Interessenbekundungsverfahren . . . . .	249
6. Ausschluß des großflächigen Einzelhandels . . . . .	249
<b>Ziffer 7.2 Förderfähige Infrastrukturmaßnahmen (Ziffern 7.2.1–7.2.8) . . . . .</b>	<b>250</b>
1. Einleitung . . . . .	251
2. Die Erschließung von Industrie- und Gewerbegebiete . . . . .	252
2.1 Allgemeines zur Erschließungsförderung . . . . .	252
2.2 Festlegungen zu Grundfragen der Erschließungsförderung . . . . .	253
2.2.1 Definition der förderfähigen Kostenarten . . . . .	254
2.2.2 Fördersatz . . . . .	256
2.2.3 Verwendungsnachweis . . . . .	256

	Seite
3. Die Wiederherrichtung von brachliegendem Industrie- und Gewerbegebiete . . . . .	256
4. Die Errichtung oder der Ausbau von Verkehrsverbindungen . . . . .	257
5. Die Errichtung oder der Ausbau von Energie- und Wasserversorgungsleitungen und -verteilungsanlagen sowie die Errichtung oder der Ausbau von Anlagen für die Beseitigung bzw. Reinigung von Abwasser und Abfall . . . . .	259
6. Die Förderung der Geländeerschließung für den Fremdenverkehr sowie die Förderung öffentlicher Einrichtungen des Fremdenverkehrs . . . . .	260
6.1 Einleitung . . . . .	260
6.2 Geländeerschließungsmaßnahmen. . . . .	261
6.3 Öffentliche Einrichtungen des Fremdenverkehrs. . . . .	261
7. Errichtung oder Ausbau von Einrichtungen der beruflichen Bildung, Fortbildung und Umschulung . . . . .	262
8. Errichtung oder Ausbau von Gewerbe-, Forschungs-, Technologie-, Gründerzentren bzw. -parks . . . . .	262
<b>Ziffer 7.3 Integrierte regionale Entwicklungskonzepte . . . . .</b>	<b>263</b>
<b>Ziffer 7.4 Förderung von Planungs- und Beratungsleistungen . . . . .</b>	<b>264</b>
<b>Ziffer 7.5 Verkauf der erschlossenen Gelände zum Marktpreis, Kürzungs- und Anrechnungsregelung . . . . .</b>	<b>265</b>
1. Allgemeines . . . . .	265
2. Zu den Einzelheiten der Kürzungsregelung . . . . .	266
3. Anrechnungsregelung des Absatz 2 Satz 2 . . . . .	269
<b>Ziffer 8. Übergangsregelungen . . . . .</b>	<b>274</b>
1. Inkrafttreten des Rahmenplans und von Änderungen der Förderregelungen . . . . .	275
2. GA-Förderung bei Ausscheiden einer Region aus dem Fördergebiet . . . . .	276
<b>Anhang . . . . .</b>	<b>279</b>
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>297</b>